

mit besserer Bezahlung ziemlich sorglos lassen; jetzt jedoch ist eine Veränderung insoweit eingetreten, als die Prinzipalsvereinigungen unserer Bewegung ein nur allzu warmes Interesse entgegenbringen. Es fehlt ihrerseits nicht an Versuchen, die Bewegung der Hilfsarbeiter lahm zu legen, um sich für sie unangenehmen Verpflichtung zu entziehen, das Hilfspersonal anständig zu entlassen. Umso mehr aber hat die Hilfsarbeiterschaft alle Ursache, die Augen offen zu halten, um event. Angriffe auf ihre Organisation mit solcher Tat abwehren zu können. Die Organisationen mehrerer größerer Druckstädte zogen aus dem Verhalten der Prinzipalsvereinigungen die einzig richtige Konsequenz: sie gründeten vor mehreren Jahren den Verband für ganz Deutschland, und aus unserem Jahresberichte zu schließen, hat der Verband im letzten Jahre einen ganz gewaltigen Fortschritt zu verzeichnen; ist doch die Mitgliederzahl um 98 pCt. gestiegen.

Um aber in dieser Hinsicht noch mehr zu erreichen, dürfte vielleicht die Frage aufgeworfen werden, ob sich nicht dahingehende Änderungen unserer Bestimmungen treffen ließen, daß die Bedingungen für die Aufnahme erleichtert werden. Die Werbeitritt unter unseren Berufsangehörigen ist unbestritten die schwierigste Arbeit der Funktionäre, und sie wird noch besonders dadurch erschwert, daß sie für den Anschluß an den Verband propagieren sollen bei Arbeitern und Arbeiterinnen, welche unter den elendesten Bedingungen, wie sie in vielen Druckorten noch gang und gäbe sind, ihr Leben fristen. Wieviel noch werden Kolleginnen mit einem Wochenlohn von 5,- Mk. und sogar noch darunter abgepeist und die Löhne der Männer betragen demgemäß auch nicht viel mehr. Unser ganzes Bestreben aber geht darauf hinaus, eine bessere Bezahlung der Arbeitskräfte zu erringen. Das läßt sich aber nur dann möglich machen, wenn zuvor die Berufsangehörigen in der Organisation vereinigt sind. Und hier stehen wir an einem Punkt, der sehr wohl der Diskussion bedarf. In wie vielen Fällen ist es denen, um die geworben wird, nicht möglich, von ihren geringen Löhnen die verlangten 70 Pf. (50 Pf. Eintrittsgeld und 20 Pf. Wochenbeitrag) zu opfern, um Mitglieder unseres Verbandes zu werden. Wie oft muß an dieser trassen Wirklichkeit der begeisterte Idealismus, die schönste Medekunst scheitern! Uns haben so viele Klagen unserer agitatorisch tätigen Personen vorgelegen, daß wir sehr wohl annehmen müssen, unsere Zahlstellen, mit Ausnahme einiger wenigen, haben schwer mit den diesbezüglichen Bestimmungen unseres Statuts zu kämpfen. Ein Teil unserer Zahlstellen ging sogar soweit, von den Neueintretenden nur 20 Pf. Eintrittsgeld zu nehmen und die fehlenden 30 Pf. aus der Ortskasse dem Betrage hinzuzufügen, um dem Verbandsstatut gerecht zu werden. Hier haben wir den besten Beweis für das Drückende der Bestimmung. Die Phrase von den „gleichen Rechten und gleichen Pflichten“ ist ja etwas sehr schönes und hat vor allem einen guten demokratischen Klang, aber — es ist in diesem Falle eben eine Phrase und damit lassen sich materielle Schwierigkeiten nicht überwinden. Da wir nun aber im Interesse unserer Mitglieder möglichst alle Berufsangehörigen dem Verbands angliedern wollen, so müssen wir vor allen Dingen den Eintritt so leicht wie irgend möglich machen, und da wird uns in Anbetracht der Verhältnisse nichts weiter übrig bleiben, als dem § 12 unseres Statuts eine andere Fassung zu geben. Da wäre nun vielleicht der Vorschlag nicht von der Hand zu weisen, daß man das Eintrittsgeld für solche, deren Wochenlohn weniger als 10 Mark beträgt, auf 25 Pf. herabsetzt und für Personen, welche einen Lohn von über 10 Mark haben, mit 50 Pf. beläßt. Eine weitere, eigentlich mit nichts zu rechtfertigende Bestimmung ist die, für eine zweite Aufnahme 75 Pf. Eintrittsgeld zu nehmen. Man mag dies vielleicht als Strafe betrachten für solche Personen, die aus purer Nachlässigkeit oder auch aus bösem Willen dem Verband den Rücken gekehrt haben; aber wie unendlich viele müssen auch diese „Strafe“ zahlen, die vielleicht ganz schuldlos daran sind, daß sie nicht länger mehr Mitglieder waren. Wie häufig mußten wir schon zu Neugründungen von Zahlstellen schreiten, die an Mitgliederzuwachs zu Grunde gegangen waren, oder denen durch Unfähigkeit und Unlust der amtierenden Personen das Lebenslicht ausgeblasen wurde? Wer dann dazu außersehen ist, das zweitemal die Zahlstelle ins Leben zu rufen und lebensfähig zu erhalten, hat es doppelt schwer. Erstens hat er mit den Vor-

urteilen zu kämpfen, die sich an das Eingehen der ersten Zahlstelle knüpfen, und zweitens muß er von denjenigen, die früher Mitglieder waren, noch ein erhöhtes Eintrittsgeld verlangen, um dem Verbandsstatut gerecht zu werden, während er im Grunde seines Herzens froh wäre, wenn nur all die früheren Mitglieder sich wieder einfinden würden. Wir haben es auch in einigen unserer Zahlstellen, die sich noch in der Entwicklung befinden, erlebt, daß ein großer Teil der Mitglieder nach und nach wieder verschwand, wenn die erste Begeisterung verfliegen war; wurden sie dann später wieder an ihre Pflicht erinnert, so hörte man gar oft die Erklärung, daß sie ganz gern wieder eintreten, aber nicht das erhöhte Eintrittsgeld zahlen wollen. Man sage da nicht: sie hätten nicht erst austreten sollen, sondern berücksichtigt das Milieu, in welchem die Betroffenen leben. Es ging vielleicht nicht so vorwärts, wie sie es im Anfang hofften; gewisse Rücksichten oder auch „sanft“ ausgeübter Zwang, Furcht vor Entlassung und ähnliches spielten da vielleicht eine Rolle und vermochten die Kleinmütigen zu beeinflussen. Ist da eine „Strafe“ angebracht? — Nein! — Man soll sie alle, wenn sie weiterkommen, mit offenen Armen aufnehmen und sie immer wieder darauf aufmerksam machen, daß es nur ihre Interessen sind, die in ihrer Organisation vertreten werden. Und noch ein Fall bleibt zu erwähnen, der so sehr häufig bei weiblichen Mitgliedern zutage tritt. Ein Mädchen, das vielleicht jahrelang Mitglied des Verbandes war, verheiratet sich und tritt mit dem Tage aus der Organisation aus. Nach ein oder zwei Jahren, vielleicht nach noch längerer Zeit bringen es die Umstände mit sich, daß das frühere Mitglied wieder verdienen muß; die Frau arbeitet natürlich im alten Berufe und hält es für ihre Pflicht, sich wieder zu organisieren. Ist es da nicht ein Konflikt, von der Frau ein erhöhtes Eintrittsgeld zu verlangen? Wofür straft man sie? Etwas dafür, daß das Schicksal ihr vergönnt hat, einige Jahre nicht im Berufe frohden zu müssen? In diesem Fall als dem krassensten kann man am besten ersehen, wie unhaltbar diese Bestimmung ist und daß sie unbedingt der Abänderung bedarf.

Dagegen kann in den Orten, in welchen unsere Zahlstellen bereits eine gewisse Macht präsentieren, die Entnahme eines erhöhten Eintrittsgeldes nur empfohlen werden, denn hier fallen Besorgnisse, wie sie noch in schwächeren Zahlstellen bei Gewinnung von Mitgliedern vorhanden sind, vollständig fort. In solchen Zahlstellen sind die Buken, die man den Fabrikantinnen auferlegt, völlig gerechtfertigt. Deshalb muß es Sache der Ortsverwaltungen selbst sein, die Notwendigkeit solcher Bestimmungen zu prüfen und wenn nötig im Ortsstatut festzusetzen. Der Verband aber hat die Pflicht, die Eintrittsbedingungen in jeder Weise zu erleichtern, um den Zahlstellen in der Agitation die möglichst größte Bewegungsfreiheit zu schaffen.

Eine anständige Kampfeswelle.

Als Antwort auf die Auslassungen des „Corr.“ in Nr. 128 über den Fall Peterfen in Hannover, welche wir schon in unserer letzten Nummer vom allgemeinen Standpunkte aus behandelten, schickte der Leiter unserer Zahlstelle in Hannover dem „Corr.“ nachfolgende berichtende Darstellung:

„Zur Hilfsarbeiterfrage“.

Da für alle Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen Hannovers in den Buchdruckerien eine 9-stündige Arbeitszeit besteht, nur bei der Firma Peterfen nicht, beschlossen die dort beschäftigten, sämtlich organisierten Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen, in einer Eingabe den Chef zu ersuchen, auch für sie die neun-stündige Arbeitszeit einzuführen. Auf dieses im Monat Juli übergebene Gesuch wurde nach wiederholter Anfrage und Verlauf von ca. 5 Wochen eine absagende Antwort seitens des Chefs gegeben. Das Personal wünschte nun ein Vorgehen seitens des Verbandes. Da wir nun mitgeteilt wurde, die in der Firma Peterfen beschäftigten Buchdrucker würden dieser Forderung zum mindesten kein großes Entgegenkommen zeigen, nahm ich Rücksprache mit dem Vorstand der Buchdrucker, wie auch der Buchbinder, um in einer kombinierten Sitzung in Gegenwart der Buchdrucker usw. die Sachlage zu besprechen. Diese Sitzung fand Mitte August statt. Die Buchdrucker versicherten hier, trotz entgegengesetzter Behauptung, keine Antipathie gegen die Hilfsarbeiter zu haben und versprachen auch, bei einem Vorgehen uns zu unterstützen, nur möge man betreffs der

Nonjunktur noch warten und die Forderung unter keinen Umständen eher einreichen, bis Herr Richard Peterfen von der Reise zurückgekehrt sei. Nach vollständiger Klärung dieser Sache wurden dann wesentlich von den Arbeiterinnen Klagen gegen den Buchdrucker Sch. vorgebracht, der auch Mitglied des Lokalvorstandes ist und bei P. arbeitet. Diese Klagen, die hier aus Anstandsbrüchigkeiten nicht wiederzugeben sind, versuchte Sch. zu bestreiten und erit die direkte Aussage der Arbeiterinnen dem Sch. gegenüber brachte auch den übrigen Vorstandsgliedern der Buchdrucker den Beweis, daß das Verhalten des Sch. den Arbeiterinnen gegenüber in jeder Beziehung unkorrekt war. Nach Stattfinden dieser Sitzung fanden noch zwei Zusammenkünfte mit dem Buchbinderpersonal der Firma und dem Vorstand der Buchbinder statt und versprachen uns die Buchbinder-Arbeiterinnen, keine Streikarbeit zu verrichten. Somit waren alle Vorbedingungen erledigt. Am 9. September kam Herr Peterfen von der Reise zurück und am 13. September erklärte mir in einer Geschäftsversammlung das Hilfspersonal, daß der Geschäftsgang ein sehr guter sei und am 14. September beschloß eine Mitglieder-versammlung, die Forderung zu überreichen. Da ich am 17. September auf mein Schreiben noch keine Antwort hatte, ging ich mit dem stellvertretenden zu P., um eine Besprechung herbeizuführen, wurden jedoch abgewiesen mit dem Bemerkens, Herr P. habe mit uns nichts zu tun. Nachmittags erfuhr ich einen Kollegen und eine Kollegin, nochmals vorstellig zu werden ev. die Kündigung zu überreichen. Wohl warf Herr P. im Geschäft mit allerhand beleidigenden Redensarten über das Hilfspersonal um sich und versuchte auch einzelne für sich zu gewinnen, aber die Kommission empfing er nicht, woraufhin diese die Kündigung überreichte. Hiernon waren die Buchdrucker bei dem engen Zusammenarbeiten mit dem Hilfspersonal von diesem unterrichtet.

Da nun von den 9 Kollegen, die ihre Kündigung eingereicht hatten, nur 4 Kündigung hatten und zwar nur acht Tage, beschlossen wir am Montag Morgen insgesamt die Arbeit nicht wieder aufzunehmen. Ich teilte dieses sofort dem Buchdrucker Sch. mit. Wenn nun behauptet wird, mittags 12 Uhr wären schon alle Stellen besetzt gewesen, so ist dies eine Unwahrheit, denn am Nachmittag wurden noch zwei Hilfsarbeiter engagiert, die aber am anderen Morgen, von uns aufgeklärt, die Arbeit wieder verließen und uns mitteilten, wenn ihnen seitens der Buchdrucker nur ein Wort gesagt worden wäre, hätten sie die Arbeit gleich wieder verlassen.

Nach Anhörung dieses und der Mitteilung, daß seitens der Buchdrucker nichts im Geschäft unternommen wurde, ja man sogar zuließ, daß ein im fünften Jahre lernender Lehrling, der selbstständig eine Maschine bedient, in der Stereotypie Hilfsarbeiterdienste leisten mußte, und in Erwägung dessen, daß die Buchdrucker Überstunden machten, beschlossen wir nochmals eine Sitzung mit den Buchdruckern einzuberufen. Als nicht nur die Hilfsarbeiter, sondern auch der Vorsitzende der Bibliographen und der Buchbindervorstand die Buchdrucker aufforderten, jedenfalls nicht mit ungeübten Streikbrechern zu arbeiten, erklärte das Buchdrucker-Vorstandsmittglied S.: „Nun lassen Sie aber endlich unsere Buchdrucker zufrieden, bei uns liegt die Sache denn doch so, daß wir keine reine Gewerkschaft sind, und wir haben unseren Tarif!“ Dieses wurde von allen Rednern dann festgenommen und von keinem Buchdrucker widerprochen. Selbst der später erscheinende Vorsitzende, Buchdrucker H., hieß fast in dieselbe Kerbe, indem auch er erklärte, sie seien durch den Tarif gebunden. Hier liegt keine Falschmünzerei vor, sondern Wort für Wort ist Wahrheit. Schließlich gaben aber drei Buchdrucker das Versprechen, des anderen Tags in unserem Sinne mit Herrn P. zu verhandeln. Einer dieser drei Herren ist aber anderen Tags doch nicht mitgegangen. Freitag mittags teilten uns nun die anderen beiden Buchdrucker mit, daß sie weiter nichts hätten erreichen können als die Einstellung eines Streikenden, wenn derselbe sich bei P. entschuldigen würde. Dieses wurde jedoch entschieden von uns abgelehnt. Im letzten Augenblick, am Sonnabend Nachmittag, hatte ich dann noch eine Besprechung mit Herrn Peterfen. Neben der Bemerkung, die Herr P. machte, daß auch die Buchdrucker-Kommission auf dem Standpunkte stehe, daß unser

Korrespondenzen.

Vorgehen falsch und unrecht gewesen sei, teilte mir derselbe mit, daß wir ihm einen großen Schaden zugefügt hätten, indem wir plötzlich die Arbeit niederlegten. Auf mein Ersuchen, doch die Uueingearbeiteten wieder zu entlassen und die Streifenben wieder einzustellen, erwiderte Herr P., die neuen Kräfte seien alle schon eingearbeitet. Auf mein Zweifeln fügte P. hinzu: die Buchdrucker hätten ihm gestern selbst gesagt, daß alles flott im Gange sei und das neue Personal ebenjotut seine Schuldigkeit tue, als das alte. Aber da ihm die Buchdrucker-Kommission mitgeteilt habe, der Hilfsarbeiter M. habe nicht Streitposten gestanden, auch habe derselbe in der Versammlung den Eindruck auf sie gemacht, als wenn er seine Handlungsweise bereue, indem er so ruhig und in sich blickend dagesehen habe, wolle er denselben auf Vorschlag der Buchdrucker wiedernehmen, wenn er sich entschuldigend melde. Ich will mir nun kein Urteil über die Kommission der Buchdrucker erlauben, sondern überlasse das den werten Lesern. Auch will ich weiter garnicht auf den Artikel „Zur Hilfsarbeiterfrage“ eingehen, sondern nur noch sachlich einige Bemerkungen machen. Es wird gesagt, der Streif mühte verunglücken, weil wir sachkundigen Rat nicht beachtet haben. Wo ist denn aber sachkundiger Rat gewesen, etwa da, als man nachträglich sagte, die Konjunktur sei eine schlechte gewesen? Ich habe die Auffassung, daß, wenn es absolut nach den Buchdruckern gegangen wäre, trotz der eminenten fortwährenden Ueberstunden, die diese machen und die sich jährlich auf etliche hundert belaufen, nie ein passender Moment sich gefunden hätte. Wenn ferner gesagt wird, daß die Buchdrucker sich die größte Mühe gegeben haben, zu Gunsten der Hilfsarbeiter zu intervenieren, so muß ich das ganz entschieden bestreiten und zugleich bemerken, daß der Buchdrucker Sch. am Abend der Sitzung, wo ihm seitens des Hilfsarbeiterpersonals Bewürdigung gemacht wurden, zu einem Steindruckers sagte: Es wäre gemein, daß die Mädchen die Sache erzählten, jetzt wolle er dafür sorgen, daß P. nichts bewillige. Wenn wir allerdings dieses vor dem Streif gemerkt hätten, würden wir uns gehüert haben, denselben zu beginnen, denn gegen solche Elemente zu arbeiten, ist ein idmernes Beginnen. Der Buchdrucker hat eben garnichts für die Hilfsarbeiter getan, denn er hatte ja ein Interesse daran, daß diejenigen, die ihn an den Pranger gestellt, nicht wieder in das Geschäft hinein kamen. Auch von anderer Seite hatte man Interesse an einer Nichtwiedereinstellung der Streifenben, damit man endlich seinen Wetter unterbringen konnte, und auch nicht immer hingegangen und dem Vorstand des Hilfsarbeiterverbandes erzählt wird, daß so oft ganze Nächte hindurch gearbeitet wird.

Wenn der Berichterstatter ferner sagt, der Buchbinder-Vorstand habe erklärt: Wenn die Dinge so lagen, war der Streif ja eine große Dummheit, so ist dies auch nicht an dem, denn davon hat niemand etwas gehört und bestreitet derselbe persönlich auch, dieses gesagt zu haben. Wahr ist aber, daß auch die Buchbinder über das Verhalten der Buchdrucker sehr empört waren, umso mehr, da sich auch die Buchbinder sehr oft mit Herrn P. besahen.

Dieses der reine, launere Sachverhalt. Weiter werde ich an dieser Stelle nichts unternehmen, bitte aber den Berichterstatter Hannovers, falls er an meinen Darlegungen etwas auszuweisen hat, mich zu einer Buchdrucker-Versammlung einzuladen; ich werde dort gern im Interesse der Sache Rede und Antwort stehen.

Berhard Wenke, Vorsitzender des Hilfsarbeiterverbandes, Bahnhalle Hannover.

Die Aufnahme dieser Darstellung von gewiß kompetenter Stelle hat der „Corr.“ einfach abgelehnt; dagegen unter der Ueberschrift „Zur Anpöbelung die Lüge“ auf eine Erwiderung der „Graph. Presse“ reagiert. Es mag ja gewiß nicht angenehm sein für ein so hervorragendes Blatt, wie es der „Corr.“ sein will, sich selbst durch Tatsachen auf den Schnabel zu hauen. Viel leichter ist es, unter Bemühung des Schimpfwörterlexikons die Wahrheit zu unterdrücken. Aus unserem Leitartikel in voriger Nummer hat der „Corr.“ Unterstellungen herausgehoben, die er für „verrückt“ erklärt. Da nun dieser Redaktionsphibiatier die Wahrheit als verrückt bezeichnet, selbst aber nicht verrückt sein will, verstehen wir es, warum er obige Berichtigung unterdrückte.

Leipzig. Bericht von der öffentlichen Stein- schleifer-Versammlung vom 29. Oktober cr. Kollege Schulze eröffnete die Versammlung mit folgender Tagesordnung: 1. Wahl der Sektionsleitung. 2. Beitragsfrage. 3. Verbandsangelegenheiten. Kollege Schulze machte den Vorschlag, die Sektionsleitung gleich zu wählen und diese sollte dann die Versammlung leiten. Es wurden als Vorschlagender Kollege Hermann, als Kassierer Kollege Kaiser und als Schriftführer Kollege Kreschmar einstimmig gewählt. Die Wahl der Beisitzer wurde zur nächsten Versammlung vertagt. Zur Beitragsfrage gibt Kollege Hermann eine kurze Einleitung. Ein großer Teil der Kollegen aus dem Verband der Lithographen und Steindruckers sind für die Beibehaltung des Beitrages von 50 Pf., wie sie ihn im Steindruckerverband bezahlt haben, um damit einen Fond innerhalb der Sektion zu gründen, der zu Unterstützungszwecken dienen soll. Es liegt nun an den Schleifern unseres Verbandes, sich darüber auszusprechen, wie sie sich zu dieser Frage stellen. In der Diskussion äußerte sich Kollege Schulze für die Beibehaltung des Beitrages, wie er von den Kollegen im Steindruckerverband bezahlt werde. Er begründete dies damit, daß es besser sei, auf einem höheren Beitrag stehen zu bleiben, als auf einen niedrigeren herab zu gehen mit der Aussicht, später wieder mehr zahlen zu müssen, was schwerer fällt, als den Beitrag von 50 Pf. allgemein für die Schleifer beizubehalten. Auch in den übrigen Zahlstellen wird man nicht lange bei den niedrigen Beiträgen bleiben können. Durch die höheren Beiträge ist es auch möglich, die Unterstufungen zu erhöhen. Für die Einführung eines Wochenbeitrages von 50 Pf. sprechen sich noch verschiedene Kollegen aus, gegen die Einführung des höheren Beitrages hat sich niemand zum Wort gemeldet. Es wurde daher einstimmig beschlossen, daß die Schleifer vom 1. November cr. ab 50 Pf. Wochenbeitrag zu entrichten haben. Ueber die Erhöhung der Unterstufungsätze soll später beraten werden. Kollege Hellwig stellt den Antrag, an Stelle der Stempel Marken einzuführen. Gegen den Antrag spricht Kollege Schulze, indem er ausführte, daß früher auch im Hilfsarbeiterverband das Markenstempel eingeführt war, man damit aber keine besonders guten Erfolge erzielt hat. Namentlich bei den Kolleginnen, die ihre Stelle häufig wechseln, hat sich gezeigt, daß eine Kontrolle oft garnicht möglich war. Durch das Stempelsystem können solche Störungen garnicht vor, auch ist den Mitgliedern gleichzeitig die Gewißheit gegeben, ob ihre Beiträge abgeliefert sind oder nicht; denn die Vertrauensperson hat nur den Stempel, der die Höhe des zu zahlenden Beitrages anzeigt, ist der Beitrag abgeliefert, stempelt der Zahlstellentaffierer „Bezahlt“. Und dieses ist viel sicherer, als das Markenstempel. Ueber den Antrag Hellwigs wird zur Tagesordnung übergegangen. Hieran kommt man auf die Beitragsbestimmungen zur Steinschleifersektion zu sprechen. Zum Eintritt in die Sektion ist jeder Schleifer, der einen Mindestlohn von 18 M. hat, berechtigt. Schleifer, die unter 18 M. Lohn haben, sowie Burichen, die den Schleifern zur Hilfe beigegeben sind, werden der allgemeinen Zahlstelle zugewiesen. Es soll damit ein Minimallohn geschaffen werden, was durch Geschlossenheit auch zu erreichen ist. Als Zahllohn ist das Pantheon bestimmt und zwar Sonnabends von 6-8 Uhr abends. Unter Verbandsangelegenheiten gibt Kollege Hermann bekannt, daß alle Versammlungen der Zahlstelle, sowie der Steinschleifer in der „Solidarität“ bekannt gegeben werden, nur in besonderen Fällen werden Versammlungen durch Flugblätter bekannt gemacht. Kollege Schulze schildert die Erfolge, die die Bewegungen bei A. A. Brockhaus und bei der Firma Gheba & Schäfer geseitigt haben. Eine sichere Erbringung eines höheren Lohnes ist nur durch das Eintreten des gesamten Hilfspersonal, männlichen wie weiblichen, möglich, was die bisherigen Erfolge der Leipziger Hilfsarbeiterorganisation beweisen. Bei der Firma Liebig & Kunze haben 9 Kollegen, darunter vier Steinschleifer, eine Lohnforderung gestellt, die ihnen mit der Kündigung beantwortet worden ist. Es ist daher bei dieser Firma keine Stelle als Schleifer anzunehmen. Kollege Hermann gibt noch Bericht über die Werkstübenversammlung der Köberschen Schleifer. Bei der Firma C. G. Röder sind 11 Steinschleifer beschäftigt, von diesen sind 11 im Handels-, Transport- und Verkehrsarbeiterverbände organisiert. In der Werkstübenversammlung konnte man sie nicht zum Uebertritt in unseren Verband bringen. Man ermitte sich dahin, da sie an diesem Tage keine bestimmte Antwort geben konnten, daß sie ihre Verbandsverwaltung betrogen und das Resultat heute der Versammlung bekannt geben. Zu der Werkstübenversammlung war auch eine Verwaltungs-person des Transportarbeiterverbandes eingeladen, aber nicht erschienen. Die im Transportarbeiterverband organisierten Schleifer der Firma C. G. Röder hatten es vorgezogen, in der heutigen Ver-

sammlung nicht zu erscheinen. Es schilderten noch einige Kollegen ihre Erlebnisse in den verschiedenen Druckereien. Hieran hat Kollege Hermann das Schlußwort, indem er die Steinschleifer zur kräftigen Agitation unter den Arbeiterinnen aufforderte und zu gutem Besuch der Versammlungen ermahnte. Sodann Schluß der interessanten Versammlung.

Berlin II. Versammlung vom 30. Oktober. Vor Eintritt in die Tagesordnung teilte Kollege Moritz mit, daß der Kollege Günther verstorben ist; die Versammlung ehrte das Andenken an den Verstorbenen durch Erheben von den Plätzen. Nachdem das Protokoll der vorigen Versammlung verlesen und angenommen war, wurde mitgeteilt, daß sich die Kollegen Koderath, Mahle, K. Reinke, Maurer, Mittel, Poppe, K. Hagen, Thiel, E. Jacobse, Fied, Raffuse, Lobe und Kubitrow krank, und die Kollegen Günzel, G. Kubne, J. Neumann, Grabs, Reinke, Thiel, Hagen, C. Tauchmann, Labwig, Kriegl, Mahle, Fraebel, Vormerker, Engel, Kothler, Walscher und Fabian gesund gemeldet haben. Nach Hamburg abgereist ist der Kollege Erich Kögel. Zum Militär eingezogen sind die Kollegen Oehle, M. Hagen, Schmiedel, Schumann, Berner, Guehne, Selaner, Beck, Fänger, Jaap, Rodenberg, Harte, Lewin und Zahn. Alsdann erstattet der Vorsitzende Bericht über die stattgefundenen Druckerei-Besprechungen und Verhandlungen. Unter anderem wurden den Kollegen in der Germania die Ueberstunden nicht bezahlt. Nachdem der Vorstand verhandelt, erhielten die Kollegen 5 M. Entschädigung. Nachher wurden 4 M. wieder abgezogen, die Ueberstunden aber bezahlt. Die Angelegenheit des Kollegen Töpke, welche nunmehr Kollege Moritz der Versammlung unterbreitete, zeitigte eine lange Debatte, welche damit endigte, daß ein Antrag, diese Angelegenheit zur nochmaligen Verhandlung dem Vorstand zu überweisen, angenommen wurde. Bei Hempel haben die Rotationsarbeiter, nachdem der Vorsitzende verhandelt hatte, 2 Mark Zulage erhalten. Zur Aufnahme gemeldet hatten sich 84 Kollegen. Moritz machte dieselben auf das Statut aufmerksam und hieß dieselben herzlich willkommen. Die Aufnahme des Kollegen Stadelhoff wurde dem Vorstand überwiefen. Ein Antrag, die übrigen Punkte zu vertragen, wurde angenommen. Hieran erfolgte Schluß der Versammlung mit einem Hoch auf den Verband und die Zahlstelle II.

München. Eine öffentliche Versammlung fand am 6. November 1904 in den Zentralfallen statt. Als Mitberufenerin dieser Versammlung eröffnete Kollegin Kent, 2. Vorsitzende, dieselbe um 4 Uhr und gibt nachfolgende Tagesordnung bekannt: 1. Die Lohn- und Arbeitsverhältnisse in den Münchener Buch- und Steindruckereien und wie ist eine Besserung zu erzielen? Referent: Vorsitzender Albert Schmid, 2. Diskussion. Die Vorsitzende erteilte dem Referenten das Wort. Derselbe wirft einen Rückblick auf das Entstehen unserer Zahlstelle, wie nach langjähriger Gleichgültigkeit auch unter den Münchener Hilfsarbeitern und Arbeiterinnen der Organisationsgedanke festen Fuß gefaßt hat und wie das Erwachen des Hilfspersonal schon mit beigetragen hat, die schlimmsten Auswüchse in unserem Arbeitsverhältnis zu beseitigen. Verschiedene Verbesserungen sind im Laufe des zweieinhalbjährigen Bestehens der hiesigen Zahlstelle für das Hilfspersonal eingeführt, aber viel bleibt uns noch zu tun übrig, um die Arbeitsverhältnisse so zu gestalten, daß sie menschenwürdig genannt werden können. Während bei den organisierten Buch- wie Steindruckern kraft ihrer Organisation geregelte Arbeitsverhältnisse vorherrschen, zeigt die von unserer Verwaltung aufgenommene Statistik eine derartige Schwankung der Arbeitslöhne für gleiche Leistung, daß es nun endlich an der Zeit wäre, auch hier eine Regelung vorzunehmen. Sämtliche an das Hilfspersonal bezahlten Löhne reichen nicht im entferntesten aus, um auch nur einigermaßen menschenwürdig leben zu können. Wenn unsere Arbeiterinnen noch in anfänglicher Kleidung in der Versammlung erscheinen können, so sei das nicht etwa ein Beweis, daß die Arbeiterinnen auch anfänglich bezahlt werden, sondern es ist die Anschaffung eines jeden Kleidungsstückes mit einer mehr oder minder langen Hungerkur verbunden. An der Hand von gesammeltem Wochenbudgets zeigt der Referent der Versammlung, welch bitterer Not diese Arbeiterkategorie ausgeht ist und wie in den meisten Fällen dieser kurze Lohn nicht einmal ausreicht, um sich nur einmal in der Woche satt essen zu können. Wie unendlich traurig es mit dem Familienleben bestellt ist, wo der Mann allein nur verdienen kann, weiß der Referent ebenfalls an drastischen Beispielen nach. Er spricht weiter von der Gesundheitschädlichkeit unseres Berufes und betont, daß wenn eine Besserung eintreten sollte, das gesamte Hilfspersonal zusammen stehen müßte und gemeinsam den Kampf gegen die fortwährende Ausbeutung und Unterdrückung zu führen habe. Er verweist auf andere Zahlstellen, die Dank ihrer strammen Organisation ganz andere Vorteile errungen haben; trotzdem sind in anderen Städten die Druckpreise eher niedriger als hier in München. Der Verband

habe es sich nun zur Aufgabe gemacht, auch hier einen Schritt vorwärts zu tun und die diesige Verwaltung hat der heutigen Versammlung einen Tarif ausgearbeitet, der auch für die Prinzipale sehr wohl absehbar sei. Der Referent erläuterte sodann die einzelnen Forderungen, überall die Notwendigkeit derselben betonend und darauf hinweisend, wie bescheiden und minimal dieselben unsererseits gehalten sind. Kein Mensch kann behaupten, daß diese Forderungen mehr enthalten, als was notwendig ist, um einigermaßen leben zu können. Und wenn von den Prinzipalen, bei den jetzt vorherrschenden hohen Wohnungs- und Lebensmittelpreisen unsere Forderungen eventuell als frivol bezeichnet werden könnten, so müßten wir einfach feststellen, daß nicht die Erkenntnis, wohl aber der gute Wille zur Verbesserung unserer Lage fehlt. Wir wollen eine friedliche Regelung, wir wollen den Prinzipalen nicht die Pistole auf die Brust legen, ihnen auch nicht den Strohhalm vor die Tür werfen, aber appellieren wollen wir an ihr Menschlichkeitsgefühl, damit sie unsere so sehr bescheidenen und doch so sehr notwendigen Forderungen anerkennen. Mit diesen Worten schloß Referent seine einfühnlichen mit großem Beifall aufgenommenen Ausführungen. Als erste Diskussionsrednerin nahm die Kollegin Marie Beck das Wort, unterstützte in klaren, trefflichen Ausführungen die Worte des Referenten und führte mit Recht an, daß die Arbeiterinnen immer die am meisten ausgebeuteten Objekte sind und daß es kein unbilliges Verlangen ist, wenn die Arbeiterinnen von den Unternehmern verlangen, daß sie von den Mehrwert, die sie schaffen, wenigstens soviel erhalten, um nicht direkt hungern zu müssen. Sie forderte zum Zusammenschluß aller Hilfsarbeiter auf und wurden ihre Ausführungen mit großem Beifall aufgenommen. Gewerkschaftssekretär Jacobson als nächster Redner schilderte ebenfalls die Lage des Hilfspersonals als unhaltbar, forderte die Versammlung auf, die von der Verwaltung ausgearbeiteten Forderungen anzunehmen und einer Kommission, die heute gewählt werden soll, die weitere Verfolgung der Sache zu überlassen. Er betont ebenfalls, daß wir eine friedliche Regelung wünschen, wohl aber bei Nichtbewilligung auch vor einem ersten Schritt nicht zurücktreten. Er drückt noch seine besondere Freude aus, daß Vertreterinnen der bürgerlichen Frauenbewegung anwesend sind und er sucht, wenn es zum Erfolg kommen sollte, die um ihr Recht kämpfenden Arbeiterinnen zu unterstützen. Kollege Wägl meint, daß es am besten wäre, wenn die Wahl der Lohnkommission von der Verwaltung vorgenommen würde und Verwaltungsmittelglieder als solche fungierten. Die Versammlung beschloß demgemäß. Vorherrscher Schmid ermahnte in seinem Schlusswort nochmals die Anwesenden zur Einigkeit und ermahnt, daß alle Mitglieder unter den Indifferenzen agieren sollen, damit der Verband so stark werde, daß wir später auch größere Forderungen stellen können. Hierauf erfolgte Schluß der überaus gutbesuchten Versammlung.

Nach Schluß der Redaktion geht uns die erste Mitteltung zu, daß die am 27. November gepflogenen Verhandlungen mit den Vertretern der Prinzipalsvereinigung ein für die Münchener Kollegenschaft günstiges Resultat zeitigte. (Ansführlicher Bericht folgt.)

Crimmischau. Versammlung vom 15. November. Der Vorsitzende teilte mit, daß sich wieder 5 Personen angemeldet haben, denen 5 Abmeldungen gegenüberstehen. Er heißt die Neuangenommenen herzlich willkommen und der Bitte, recht treibame und eifrige Mitglieder des Verbandes zu werden. Hierauf gibt Kollege Vogel den Massenbericht über das letzte Quartal, welcher ein befriedigendes Resultat ergibt. Gleichzeitig verliest er noch das Ergebnis unserer Krankenunterstützung, wonach wir auch in dieser Einrichtung einen günstigen Kasienabschluss zu verzeichnen haben. Dem Kassierer wird auf Antrag einstimmig Entlastung erteilt. In nächster Zeit soll eine allgemeine Versammlung abgehalten werden. Zeit und Ort wird zuvor noch bekannt gegeben. Am auch wieder einmal dem Vergnügen Rechnung zu tragen, soll im Anfang nächsten Jahres das zweite Stiftungsfest abgehalten werden, zu dessen Vorbereitung eine Kommission gewählt wird. Der Delegierte zum Gewerkschaftsartell gibt unter anderem bekannt, daß der feinerzeitige Vorsitzende des Textilarbeiterverbandes, Schiller, sich in einer nicht gerade schmeichelnden Weise über unseren Verband ausgesprochen hat und dabei betonte, daß wir dem Textilarbeiterverbande die Mitglieder wegnehmen. Von verschiedenen Kollegen wird hiergegen lebhaft protestiert, da wir doch höchstens solche Mitglieder anwerben, die in unsemern Beruf übergehen; dem Delegierten wird anheim gestellt, in diesem Sinne in der nächsten Kartellversammlung Protest zu erheben.

Leipzig. Mit der Aussperrung von neun Kollegen bei der Firma Viebich & Kunze beschäftigte sich die am 8. November in der Dorfmiede tagende

öffentliche Versammlung der Buch- und Stein-druckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen Leipzigs. Kollege Schulz gab Bericht über die Bewegung und die Verhandlungen. Die Steinbleifer, Marttbesser und Balsenwäher waren an die Firma mit dem Ersuchen herantreten, ihre niedrigen Löhne aufzubessern. Dies beantwortete die Firma mit der Kündigung der Kollegen, die das Gehalt unterschrieben hatten. Die Kollegen haben die Verwaltung ihrer Organisation, die Verhandlungen weiterzuführen. Neben einer zehnprozentigen Lohnerböhung forderte man 25 pCt. Zuschlag für Ueberstunden, wie er den Trudern gewährt wird, ferner, daß die Ueberstunden mindestens vormittags angelegt werden. Auch die Verhandlungen mit der Verwaltung wurden von Viebich & Kunze abgelehnt. Die Löhne bei Viebich & Kunze sind für die Arbeit, wie sie verlangt wird, denkbar schlecht. Die Firma hat allerdings auch einige Renommierarbeiter, die mehr als die übrigen Arbeiter erhalten; so erhält der sogenannte Ober-schleifer, der 14 Jahre im Geschäft tätig ist, 24 Mark Lohn. Ein anderer, der 24 Jahre im Geschäft tätig ist, erhält ja und schreibt 18 Mark. Die Arbeiter können allerdings ihre Löhne durch Ueberstunden- und Sonntagsarbeit aufbessern, wofür sie indes keinen Zuschlag bekommen. Bei den Ueberstunden besteht auch noch der Mangel, daß sie erst kurz vor Feierabend angelegt werden, was denen, die auswärts wohnen, immer unangenehm ist. Auch diesem Wunsch, die Ueberstunden doch wenigstens vormittags anzulegen, ist man nicht geneigt. Folge zu leisten. Auch in technischer Beziehung ist die Firma Viebich & Kunze noch zurück. Bei ihr gehen 11 Steinbruchschneidpressen; für diese Maschinen müssen die Steinbleifer die Steine bis 120 Zentimeter lang alle mit der Hand schleifen. Wer die Arbeit kennt, wird wissen, was das für eine Schinderei ist, noch dazu für den niedrigen Lohn von 17 und 18 Mark. Eine Maschine kostet Geld, einen Arbeiter, wenn er sich krank und schwach gearbeitet hat, ist man leicht los. Es wäre der Geschäftsleitung nicht möglich gewesen, den neun Kollegen zu kündigen, wenn das gesamte Hilfspersonal, vor allen Dingen das weibliche, organisiert wäre. Dann hätte die Verwaltung für das gesamte Hilfspersonal Forderungen stellen können und diese hätte man nicht so leicht mit Kündigung beantwortet. Kollege Schulz schloß seine Ausführungen mit der Mahnung, daß jeder unangelegentlich für die Organisation tätig sein solle, damit endlich bessere Verhältnisse unter dem Buch- und Stein-druckereihilfspersonal eintreten. In der Diskussion schilderte Kollege Drömel, wie man Sonntags bei der Firma Viebich & Kunze zur Arbeit geht. Obier sagte, daß auch der Verwaltung des Stein-druckerverbandes die Firma mit ihren Löhnen bekannt sei und auf der Liste stehe. Die Trudern könnten sich jedoch augenblicklich nicht in die Sache mischen, da es jetzt nur zu spät sei. Ferner machte er der Verwaltung des Buch- und Stein-druckereihilfsarbeiter- und Arbeiterinnen-Verbandes den Vorwurf, die Verwaltung der Trudern zu spät von der ganzen Bewegung in Kenntnis gesetzt zu haben. Nachdem noch mehrere Redner die Angelegenheit diskutiert haben, gibt Kollege Schulz bekannt, daß die ausgesperrten Kollegen folgende Unterstützung erhalten: die ledigen 10 Mk., die verheirateten 15 Mark pro Woche. Hierauf wird folgende Resolution einstimmig angenommen: „Die am 8. November in der Dorfmiede versammelten Buch- und Stein-druckereihilfsarbeiter und Arbeiterinnen Leipzigs erklären sich mit den ausgesperrten Kollegen der Firma Viebich & Kunze solidarisch und sichern den ausgesperrten Kollegen Unterstützung in jeder Weise zu. Ferner fordern die Anwesenden die Aussperrten auf, mutig auszuhalten.“ Unter Verbandsangelegenheiten finden noch einige kleine Mitteilungen und Anfragen ihre Erledigung.

Straßburg i. E. Versammlung vom 17. November 1904. Nach Verlesung und Genehmigung des Protokolls teilt der Vorsitzende mit, daß die Mitglieder der Schottel, Haas und Haselwäher wegen rückständiger Beiträge ausgeschlossen worden sind und ein Kollege neu aufgenommen wurde. Der Rechenschaftsbericht für das 3. Quartal ergab eine Einnahme von 198,10 Mk., Ausgabe 138,24 Mk., verbleibend Bestand am 31. September 1904 1020,52 Mk. Der Vorsitzende ermahnte die Restanten, ihren Verpflichtungen besser nachzukommen. Ueber eine Lohnbewegung bei der Straßburger Post berichtete der Vorsitzende und drückte sein Bedauern aus, daß nicht mehr Mitglieder von der betreffenden Firma erschienen sind. Auch gab derselbe bekannt, daß die in der Druckerei-Versammlung gewählten Vertrauensmänner es unterlassen haben, mit der Geschäftsleitung zu verhandeln. Der Vorsitzende verliest das Antwortschreiben des Geschäftsführers der Straßburger Post, welches er auf sein Schreiben erhalten hatte und das mit Freuden begrüßt wurde. Die Diskussion, an der sich mehrere Kollegen beteiligten, gab ein sehr schlechtes Bild von den Verhältnissen in der betreffenden Druckerei. Am überhaupt solche Verhältnisse abuschaffen, stellt Kollege Geisler den Antrag, eine ge-

meinsame Versammlung mit der Tarifkommission der Buchdrucker und dem Vorstände einzuberufen, um über das Verhalten der Maschinenmeister gegenüber den Hilfsarbeitern zu diskutieren, welcher einstimmig angenommen wurde. Das Stiftungsfest wird wie in den Vorjahren an einem Samstag im Januar abgehalten; die Ausarbeitung eines Programms wurde dem Vorstände überlassen. Der Kartelldelegierte gab einen kurzen Bericht über die Verhandlungen der Kartellversammlung. Unter Verschiedenem verlas der Kassierer ein Schreiben eines Kollegen, welcher seinen Austritt begründete. Es wurde bekannt gegeben, daß sämtliche Mitglieder ein Arbeitsnachweisreglement erhalten haben. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten schloß der Vorsitzende die ziemlich gut besuchte Versammlung.

Berlin 1. Versammlung vom 23. November. Die Vorsitzende berichtete von den seit der letzten Versammlung stattgefundenen Truderei-Versammlungen, welche diesmal vorwiegend der Agitation dienten und auch eine ganze Reihe Neuaufnahmen zur Folge hatten. Ferner erwähnt sie, daß in unsemern Streifen das Gerücht verbreitet ist, in der von uns geiperrten Gutenbergs-Druckerei arbeiten organisierte Mitglieder als Streikbrecher. Sie stellt fest, daß dieses nicht der Fall ist, sondern die dort Arbeitenden sämtlich unorganisiert sind, einschließ-lich der dort sieben gebildeten und dann wegen Streikbruch ausgeschlossenen Anlegern. Weiter rügt sie die trotz ausgiebiger Bekanntmachung so äußerst schwache Beteiligung bei der Beschäftigung der Ausstellung für Arbeiterwohlthätigkeit und erwartet, wenn wieder etwas dergleichen veranstaltet wird, mehr Interesse der Mitglieder. Zum Massenbericht der Kassiererin bestätigt die Revisurin, alles in Ordnung gefunden zu haben und wird auf ihr Ersuchen der Kassiererin Decharge erteilt. Zum Protokoll Tomazol gegen ihren Ausschluß aus dem Verband wird ihr anbeimgelassen, sich beschwerdeführend an den Verbandsvorstand zu wenden, oder aber sich neu aufnehmen zu lassen; denn die Versammlung selbst hat nicht das Recht, den in einer vorübergehenden Versammlung erfolgten Ausschluß zu widerrufen. Weiter teilt die Vorsitzende mit, daß es in den letzten Wochen verschiedene Male vorgekommen ist, daß Mitglieder bei Differenzen mit dem Geschäft ganz einfach, ohne sich irgendwie vorher mit dem Vorstand in Verbindung gesetzt zu haben, die Arbeit niederlegten. Der Vorstand kann dies unter keinen Umständen aufheben, sondern muß verlangen, daß immer und überall erst an die Vorsitzende oder an die Verwaltung des Nachweises Mitteilung zu machen ist, damit Gelegenheit gegeben wird, vermittelnd einzugreifen; nur wenn der Vorstand von allem unterrichtet ist, kann ein Streik als solcher erkannt werden und die Mitglieder demgemäß Unterstützung erhalten. Ferner wird bemerkt, daß es scheinbar wohl noch nicht genügend bekannt ist, daß die letzte Generalversammlung der Krankenkasse beschlossen hat, im Todesfalle eines Kindes eines Mitgliedes gleichfalls Sterbegeld zu zahlen, und werden die Mitglieder ermahnt, die Mitteilungen der Krankenkasse recht aufmerksam zu lesen. Zum Schluß wird noch gewünscht, der Vorstand möchte öfters Vertrauenspersonen-Sitzungen einberufen zur Schulung und Erziehung tüchtiger Vertrauenspersonen und Erledigung anderer wichtiger Angelegenheiten. A. B.

Redaktions-Briefkasten.
Die Berichte von Stuttgart, Dresden und Berlin III mußten für nächste Nummer zurückgestellt werden.
Damburg. Die Einladung zur Konferenz muß vorher dem Verbandsvorstande unterbreitet werden.

Versammlungsanzeigen.
Zahlstelle Leipzig. Sonntag, den 11. Dezember, nachm. 3 Uhr: Versammlung im H. Saale der „Drei Wöhren“, Leipzig-Anger. Tagesordnung: 1. Restauration über Friedr. Stolze. Redikator: Gustav Hennig. 2. Abrechnung vom Herbstergnügen. 3. Verbandsangelegenheiten. — Nach der Versammlung geistliches Beisammensein.
Im zahlreichem Besuch der letzten Versammlung im Jahre 1904 laßt freundlichst ein
i. A. der Verwaltung: **Der Vertrauensmann.**
NB. Die Mitglieder werden aufgefordert, ungehäumt die Programme vom Herbstfest abzurechnen.
Crimmischau. Dienstag, den 6. Dezember: **Mitglieder-Versammlung.** Das Erscheinen aller Mitglieder wünscht **Der Vorstand.**
Achtung Zahlstelle III, Berlin (Stein-druckerei-Hilfsarbeiter und Arbeiterinnen). Sonntag, den 4. Dezember findet der Besuch der **Arbeiter-Wohlfahrtsausstellung** in Charlottenburg, Frauenhoferstraße 11-12, statt. Treffpunkt nachm. 1 Uhr beim Restaurant Rahrun, Frauenhoferstr. 17. Am rege Beteiligung bitten **Der Vorstand.**